

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

25.3.1929 (No. 71)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
C. Heffner
C. K. Menz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Zwangsweiser Verbreitung, und Konfusionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshochschulleitung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
Die Entlastung des Arbeitsmarktes in den von Jahreszeit und Witterung abhängigen Saisonberufen hat in der Berichtszeit vom 14. bis 20. März in den meisten Bezirken stärkere Fortschritte gemacht, während die Lage der Konjunkturgruppe des Arbeitsmarktes sehr unsicher blieb.

Unter dem Einfluß dieser Entwicklung ging die Zahl der berufstätigen Arbeitslosen in der Sonderfürsorge von 49 722 Personen auf 41 165 um 8567 oder 17,2 v. H. zurück, die Hauptunterstützungsempfänger in der berufslosenmässigen Arbeitslosenunterstützung nahmen von 96 187 auf 84 358 um 11 829 oder um 13,3 v. H. ab, während die Kriseunterstützung infolge ihres erheblich erweiterten Personenkreises eine Zunahme von 7964 meistens langfristig Arbeitslosen aus der Industrie und der Angestelltenberufe auf 8979 um 1115 um 12,7 v. H. aufwies.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in den drei Unterstützungsarten ist von 153 873 auf 134 502 um 19 371 oder um rund ein Achtel (12,7 v. H.) gefallen. Die Zahl der unterstützten Männer betrug 114 851 (gegen 134 041 in der Vorwoche) und die der Frauen 19 651 (gegen 19 832). Auch aus dieser Entwicklung geht die noch sehr ungünstige Lage der ausgesprochenen Konjunkturgruppen deutlich hervor.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes war im östlichen, württembergischen Teil des Landesarbeitsamtsbezirks mit 19,2 v. H. wieder erheblich stärker als im westlichen badischen Teil mit 7,9 v. H. des Standes der Vormoche. Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern trafen noch 51 867 Hauptunterstützungsempfänger (gegen 64 159) und auf die Arbeitsämter in Baden 82 635 (gegen 89 714). Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes kamen am 20. März noch 26,7 Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner, gegen 30,6 am 13. März und 31,8 am 6. März.

Im Baugewerbe machte vor allem die Aufnahme der Tiefbauarbeiten sich als belebendes Moment für Wiederbeschäftigung der Bau- und Bauhilfsarbeiter bemerkbar; auch die Fortführung der bereits begonnenen und lange eingestellten Rohbauarbeiten und die Inangriffnahme neuer Maßnahmen auf dem Gebiete der werkschaffenden Arbeitslosen-Fürsorge brachten sowohl gelesenen als ungelesenen Kräften Beschäftigung. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist aber in diesen Jahren in der zweiten Märzhälfte noch weit höher als in früheren Jahren im tiefsten Winter. Auch die Industrie der Steine und Erden kommt nur sehr langsam wieder in vollen Gang.

In der Landwirtschaft hat die Frühjahrsbestellung erst teilweise begonnen. Der Bedarf an geeigneten ständigen Kräften ist trotzdem sehr groß, die Vermittlungstätigkeit leidet unter dem geringen Angebot. Die Holzfallerarbeiten und die Holzgärberei sind in den meisten Bezirken in vollem Umfange wieder aufgenommen, in manchen Bezirken sind die Arbeiten jedoch für dieses Jahr schon beendet. Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hielt die gute Nachfrage nach Kräften aller Art an. Die Vermittlungstätigkeit für hauswirtschaftliches Personal war des bevorstehenden Osterfestes wegen besonders für Putz- und Waschkrauen sehr angeregt. Auch Mädchen mit weniger vollkommener Ausbildung konnten infolge der erhöhten Nachfrage und bei dem Mangel an qualifizierten Kräften vielfach untergebracht werden. Der Mangel an Damenfrisuren ist ebenfalls der nahen Feiertage wegen verhältnismäßig in Erscheinung getreten.

Vom Arbeitsmarkt der Industrie ist noch nicht viel günstiges zu berichten. Anzeichen einer saisonmäßigen Entlastung sind in der Metallindustrie nur in der Fahrzeugindustrie zu bemerken. In der Bekleidungsindustrie hat sich infolge der günstigen Witterung und der nahen Feiertage die Beschäftigung der Wäscheindustrie erheblich gebessert. Die Lage in den übrigen Industrie- und Gewerbebezirken ist für fast alle Berufe noch sehr ungünstig und die kommende Entwicklung sehr unsicher zu beurteilen.

Die Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin“

Start in Friedrichshafen

W.F.B. Friedrichshafen, 25. März. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute nacht 0,51 Uhr bei böigem Nordwestwind zur Mittelmeerfahrt aufgestiegen, und hat Friedrichshafen in Richtung Basel verlassen.

„Graf Zeppelin“, der bald nach der Abfahrt über Konstanz gestiegen wurde, überflog um 1,45 Uhr früh Waldshut, flog dann den Rhein entlang und verließ gegen 2 Uhr bei Basel das deutsche Gebiet. Um 7,45 Uhr franz. Zeit wurde Marseille passiert, worauf das Luftschiff östliche Richtung einbog. An Bord befinden sich vier Täte Post im Gewicht von 24 Kilogramm.

„Graf Zeppelin“ über Marseille

W.F.B. Marseille, 25. März. (Tel.) „Graf Zeppelin“ hat um 7,45 Uhr franz. Zeit Marseille überflogen. Er schlug östliche Richtung ein.

Das Luftschiff teilt funktentelegraphisch mit, daß es zwischen 3 und 4 Uhr Korsika überflogen werde.

50 Jahre badisches Gewerbeaufsichtsamt Festfeier im Staatsministerium

Der badische Innenminister hatte am Sonntagvormittag einen zahlreichen Personkreis in den Festsaal des Staatsministeriums in der Erbprinzenstraße eingeladen, wo mit einem feierlichen, würdigen Festakt des 50jährigen Bestehens des badischen Gewerbeaufsichtsamtes gedacht wurde, über dessen Geschichte wir auch bereits zwei Artikel aus der Feder des früheren Präsidenten dieser mit der Geschichte der badischen Industrie und Wirtschaft so eng verbundenen Behörde gebracht haben. Unter den Anwesenden sah man außer dem Innenminister Dr. Remmele u. a. die früheren Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes, Geheimrat Wittmann und Präsident Dr. Engler, den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Stuttgart, Kälin, den Abteilungsleiter im Internationalen Arbeitsamt in Genf, Wilmann, Präsidenten Glöckner, Generalstaatsanwalt Hafner, Vertreter der Hochschulen, verschiedene Abgeordnete, vor allem aber zahlreiche Vertreter der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, darunter auch Stadtrat Groß, Mannheim, den Präsidenten der badischen Handwerkskammern.

Die badische Polizeikapelle eröffnete unter Stabführung von Obermusikmeister Heiss mit den getragenen Weisen des Largo aus der 2. Sinfonie D-Dur von Beethoven die Feier. Dann folgte eine etwa halbstündige Festansprache des badischen Ministers des Innern Dr. Remmele, die uns in feierlicher, eindringlicher Weise die Geschichte und das Werden des Gewerbeaufsichtsamtes schilderte. Nachdem der Minister unter Beifall genehmigt hatte, leitete die stimmungsvolle Zwischenaktmusik aus Kommandos von Schubert zur zweiten Festansprache über, in der der gegenwärtige Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes, Oberregierungsrat Emel, in interessanter Darstellung hauptsächlich auf das Wirken und die Tätigkeit seiner Behörde einging. Wir bringen das Wesentliche aus dem Wortlaut der beiden Festansprachen untenstehend.

Es sprachen dann die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Gewerbeaufsichtsamt ihre Glückwünsche aus, für die Arbeitgeber der Präsident des bad. Industrie- u. Handelsverbandes und der bad. Arbeitgeberverbände, Renel, Mannheim, für die Arbeitnehmer der Gewerkschaftsführer Sigmund von den freien Gewerkschaften, der Reichstagsabgeordnete Erising für die christlichen Gewerkschaften, und Gewerkschaftssekretär Verbecker für den Gewerkschaftsring der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine. Präsident Renel nannte das Gewerbeaufsichtsamt einen wertvollen Unterrichter und hilfsbereiten Bundesgenossen der badischen Wirtschaft, deren Leistungsfähigkeit nicht nur auf den Erzeugnissen von Wissenschaft und Technik, sondern auch auf der Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit ihrer Angestellten und Arbeiter beruhe. Die zunehmende Zusammenarbeit wirke sich immer besser aus. Gewerkschaftsführer Sigmund wies auf den Wert der Arbeitskraft und das für Deutschland in ihr stehende Kapital hin. Durch die Arbeiterschutzesetzgebung sei es möglich geworden, daß auch der Arbeiter heute Zeit zu seiner geistigen Fortbildung gewinnen und sich auch den öffentlichen Angelegenheiten widmen könne. An solcher Fortbildung und Mitarbeit sei auch der Arbeitgeber interessiert. Reichstagsabgeordneter Erising hob die Notwendigkeit hervor, daß die Staaten im Interesse ihrer Wirtschaft und ihrer Bevölkerung hier zusammenarbeiten und besonders auf die Tätigkeit und die Aufgaben des internationalen Arbeitsamtes, das auf dem Wege weitergehe, den Deutschland schon vorher eingeschlagen habe.

Das prächtig voll vorgetragene, sonst selten im Konzertsaal zu hörende Vorspiel zum 3. Akt der „Meisterlieder“ von Richard Wagner schloß die Feier.

Innenminister Dr. Remmele

führte in seiner Festansprache aus:

Man kann nicht sagen, daß vor 50 Jahren der erste staatliche badische Fabrikinspektor vor eine vollkommen neue Aufgabe gestellt wurde. Auch in Baden waren schon geraume Zeit vorher Arbeiterschutzesfragen aufgetreten, ganz ähnlich in Art und Form, wie in anderen deutschen Ländern. Mit der langsam wachsenden Durchsetzung Badens mit Fabriken kopierte als erste die der Kinderarbeit an das verantwortliche Staatsgewissen. Einige Fabriken hatten schulpflichtige Kinder beschäftigt. Es entstanden Schwierigkeiten zwischen Schulzeit und Arbeitszeit. Um diese zu beseitigen, erließ der Minister des Innern im Jahre 1840 eine Verordnung, die verhindern sollte, daß der Schulunterricht vernachlässigt werde, und die Kinder geistig und körperlich verkümmerten. Diese Verordnung weist überzeugend auf die Notwendigkeit des staatlichen Arbeiterschutzes hin, mit dem der Staat nichts anderes will, als die schützende Hand über den wirtschaftlich Schwachen zu halten.

Die Entwicklung der Industrie im Lande sollte bald neue Fragen des Arbeiterschutzes, des Gesundheits- und Unfall-

schutzes auf. Hinzu kamen schließlich auch Inzuchtfragen in Arbeitsrechtsfragen, wie Kündigungsrecht, Arbeitszeit- und Lohnfragen, denen das badische Gewerbegesetz aus dem Jahre 1862 gerecht werden sollte. Seinem Inhalt nach war es ein hochwertiges, vielleicht der Zeit voraussehendes Gesetz. Praktisch wirkte es sich nicht aus, weil ihm die fachverständige unabhängige, staatliche Kraft fehlte, die sich für seine Durchführung einsetzen konnte.

Kurz vor Kriegsausbruch 1870 erschien ein badisches Kinderarbeitsgesetz, das den Gedanken einer staatlichen Aufsicht brachte, indem es zur Überwachung seiner Durchführung die Bestellung von ehrenamtlichen Fabrikinspektoren durch den Bezirksrat vorschlug. Zum ersten Male erkannte hier der badische Gesetzgeber, daß auch ein Arbeiterschutzesgesetz erst dann wertvoll wird, wenn seine Durchführung durch eine Aufsicht sichergestellt ist. Wenn diese Fabrikinspektoren nicht zur richtigen Auswirkung kamen, so lag das in der Hauptsache in der Ehrenamtlichkeit ihrer Stellung.

Die Neugründung des Deutschen Reiches setzte die badische Arbeiterschutzesgesetzgebung außer Kraft, und an ihre Stelle traten die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes.

Wesentliche Änderungen brachte diese Neuordnung nicht. Was allem blieb die Einführung der Fabrikaufsicht auch jetzt noch den einzelnen Ländern überlassen. Die Gewerbeordnung begnügte sich damals damit, vorzuschreiben, daß dort, wo Aufsichtsbeamte bestellt werden, diesen für ihre Dienstausübung alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden zuzuteilen.

Erst die Gewerbeordnung vom Jahre 1878 brachte die staatliche Arbeiterschutzesaufsicht durch gesetzlichen Zwang; der Bundesrat stellte jetzt besondere Normen für die Regelung des Dienstes der Fabrikaufsichtsbeamten auf. Dieser Dienst sollte nicht ohne weiteres denjenigen der ordentlichen Polizeibehörden illusorisch machen, vielmehr, so hieß es in der amtlichen Kundgebung,

„durch Ergänzung ihrer Tätigkeit, sowie durch sachverständige Beratung der zuständigen höheren Verwaltungsbehörden eine sachgemäße und gleichmäßige Ausführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der auf Grund derselben erlassenen Vorschriften in dem ihnen überwiesenen Aufsichtsbezirk herbeizuführen suchen. Dabei sollen sie ihre Aufgabe vornehmlich darin suchen, durch eine wohlwollend kontrollierende, beratende und vermittelnde Tätigkeit nicht nur den Arbeitern die Wohlfahrt des Gesetzes zu sichern, sondern auch die Arbeitgeber in der Erfüllung der Anforderungen, welche das Gesetz an die Einrichtung und den Betrieb ihrer Anlagen stellt, tatvoll zu unterstützen, zwischen den Interessen der Gewerbeunternehmer einerseits, der Arbeiter und des Publikums andererseits auf Grund ihrer technischen Kenntnisse und amtlichen Erfahrungen in billiger Weise zu vermitteln und sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitern gegenüber eine Vertrauensstellung zu gewinnen, welche sie in den Stand setzt, zur Erhaltung und Anbahnung guter Beziehungen zwischen beiden mitzuwirken.“

Die reichsgesetzliche Einführung der staatlichen Fabrikaufsicht löste nunmehr in Baden rasch die nötigen Maßnahmen aus. Die erforderlichen Gesetzentwürfe wurden in parlamentarischer Behandlung genommen und nach Genehmigung durch die beiden Kammern am 22. Februar 1879 verabschiedet. Als erster badischer Fabrikinspektor trat am 27. März 1879 der Bahningenieur Friedrich Wörishofer in Waldshut sein Amt an.

Wertzig Jahre hatte die Fabrikaufsicht eine beobachtende Stellung eingenommen gehabt. Die nächsten zwanzig Jahre waren Lehrjahre für die Art der Arbeit der Fabrikaufsicht und deren Einordnung in den Verwaltungsbetrieb des Staates. Die außerordentlich vielseitige und tiefheranliegende Persönlichkeit Wörishofers gewann rasch das Vertrauen, soweit dies bei der außerordentlich exponierten Tätigkeit überhaupt möglich war. Er entfaltete seine Tätigkeit mit offenem Auge und warmem Herzen.

Schwierigkeiten bereitete die Abgrenzung der Tätigkeit des Fabrikinspektors und der Verwaltungsbehörden, besonders der Polizei. Sachlich kam man dazu, ihn zum Sachverständigen der Bezirksämter zu bestellen und die Polizei mit seiner Unterstützung zu beauftragen. Die erforderlichen Auflagen wurden nach dem Ermessen des Amtsvorstandes durch das Bezirksamt erlassen. Prüfungsinstand war der Bezirksrat, Bescheidinstanz das Ministerium des Innern.

1891 wurde der Arbeiterschutzesbereich erheblich erweitert, besonders durch Einführung einer täglichen Höchstarbeitszeit für die Frau und das Verbot der Nachtarbeit, sowie Ausdehnung der Aufsicht auf Handwerk- und Kleinbetriebe einschließlich der Hausarbeit. Damit war die Fabrikaufsicht in eine Gewerbeaufsicht verwandelt. 1900 wurden die Schutzvorschriften auch auf die offenen Verkaufsstellen ausgedehnt. Die Änderung der Amtsbezeichnung „Fabrikinspektion“ erfolgte jedoch erst im Jahre 1912 durch die Amtsbezeichnung „Gewerbeaufsichtsamt“.

Mit der Ausdehnung der Schutzvorschriften erregte die Gewerbeaufsicht in immer stärkerem Maße die öffentliche Aufmerksamkeit. Nach der Jahrhundertwende erfuhr besonders der Jahresbericht sowohl in der Öffentlichkeit, wie auch im Landtag eine immer stärkere Beachtung, und stets ergingen reichlich Wünsche und Anregungen, von Arbeitnehmern wie auch Arbeitgebervertretern.

Dr. Wittmann, der Nachfolger Wörishofers, rüdte vornehmlich in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit, besonders durch seine wiederholten Vermittlungen in Streitbewegungen. Zum ersten Male erschien im Jahre 1903 der Fabrik-

inspektor auch persönlich im Landtag. Im Jahre 1919 wurde der Neuaufbau des Gewerbeaufsichtsamtes nötig. Ganz erhebliche neue Aufgaben waren im Laufe der Jahre angefallen; der Instanzenweg, namentlich der des schriftlichen Verkehrs, war zu beschwerlich und umständlich geworden. Schon früher wurde gelegentlich im Landtag gewünscht, daß man mit der Gewerbeaufsicht auch ohne Mittelsperson amtlich in Verbindung treten könne. Auch eine reibungslosere Verbindung mit dem vorgelegten Ministerium selbst war erforderlich. Die Verhältnisse drängten nach Vereinfachung, unter Stärkung der Verantwortlichkeit der einzelnen Beamten.

Dies alles führte im Jahre 1920 zu einer Neuordnung des Gewerbeaufsichtsamtes, durch welche die einzelnen Gewerbeaufsichtsbezirke Dienstvorstände erhielten, und die Spitze des Gewerbeaufsichtsamtes in das Ministerium hineinverlegt wurde. Diese Neuordnung brachte eine Entlastung und Zeitersparnis, ohne die Einheitlichkeit der Tätigkeit zu gefährden. Es sei daran erinnert, daß bis dahin die meisten Schriftstücke nach Verlassen des Bezirksvorstandes noch zwei vorgelegte Stellen durchlaufen mußten. Ohne diese Neuordnung wäre es nicht möglich gewesen, die ungeheure Jahresarbeit von etwa 30 000 Schriftstücken und ebenso vielen Infallanzeigen mit dem vorhandenen Beamtenkörper zu bewältigen. Die technischen Aufsichtsbeamten, die diese Arbeit neben den Besichtigungen zu erledigen haben, sind durchschnittlich 2 bis 3 Tage in der Woche auf Dienststreifen. Eine Menge Entscheidungen, wie z. B. die Bearbeitung von Baugesuchen, die Genehmigung von Überarbeit, der Erlaß von Auflagen erfordert die größtmögliche Beschleunigung, nicht allein mit Rücksicht auf die Sache selbst, sondern auch mit Rücksicht auf die Wirtschaft.

Zwei im Jahre 1897 von dem Abgeordneten Dresbach in der Zweiten Kammer des Badischen Landtags angesehene Fragen bewegten sich im Laufe der kommenden Jahrzehnte immer wieder um das Gewerbeaufsichtsamt. Das war der in Karlsruhe zentralisierte Aufbau des Amtes und der Ausbau seines Aufsichtsbereiches.

Die Frage: „Soll das Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe zusammengefaßt bleiben, oder wird nicht seine Wirksamkeit dadurch erhöht, daß man es in mehrere kleinere Aufsichtsämter in den Knotenpunkten der badischen Wirtschaft aufteilt?“ blieb unentschieden. Sie ist keine grundsätzliche, sondern nur eine der Zweckmäßigkeit. Wohl aber ist seit langen Jahren schon eine Unterteilung des Amtes in vier in Karlsruhe zusammengefaßte Aufsichtsbezirke erfolgt, die ziemlich mit denen der Landeskommissare übereinstimmen. In unserem Zeitalter des Verkehrs und der reichlichen Reisegelegenheiten hat diese Frage an Bedeutung verloren.

Die andere Frage: Der Ausbau des Beamtenkörpers, müßt mehr Sorgen. Mein zahlenmäßig war der Besuch der Betriebe durch die badische Aufsicht immer verhältnismäßig schlecht. Ob wir die Besichtigungsstellen aus dem Jahre 1902 nehmen oder aus dem Jahre 1926, sie bleiben hinter den Vergleichszahlen anderer Länder erheblich zurück. Die Ursache hierfür war stets die Lage des Staatshaushalts. Mehr als sieben Jahre blieb der erste Fabrikinspektor Wörtschhofer allein. 1890 waren es drei Beamte. Unter Dr. Wittmanns Amtsführung ging die Zahl der Aufsichtsbeamten im Jahre 1912 auf sechzehn in die Höhe. Jetzt hat das Amt dreißig technische Aufsichtsbeamte.

Die Besichtigungsarbeit darf aber keineswegs maßgebend sein für die Bewertung des Amtes. In erster Linie kommt es auf die Art der Arbeit an, und dann auch darauf wie weit es auch glückt, Vertrauen zu erwerben. Deshalb stellte man immer bei der Auswahl der Beamten an deren Vereinen, Handwerker, ein Arzt und eine Frau. Schon der Bericht der Petitionskommission der Zweiten Kammer, erstattet von dem Abgeordneten Schuler am 26. April 1898, weist nachdrücklich darauf hin, daß nicht allein die Gewerbeaufsichtsbeamten selbst die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiterchaft an den Geschäften der Inspektion anerkennen, sondern daß man sich auch im Parlament nicht der Frage der Erweiterung nach dieser Richtung verschließt. Schwierig war nur, hierfür die erforderlichen Mittel zu erhalten. Im Laufe der Jahre kam man aber doch vorwärts, und heute sind unter die Aufsichtsbeamten auch praktisch tätig gewesene Arbeiter eingereiht.

So ging es doch vorwärts, mit Mühe zwar und mancherlei Sorgen, wobei das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Amt, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, fördernd wirkte.

Eine gleichmäßig gerechte Ausübung der Aufsicht über die Beachtung der Arbeiterschutzgesetzgebung seitens der dazu Verpflichteten, war dem Gewerbeaufsichtsamt stets Leitmotiv seines Handelns. Allen Beteiligten wollte es immer nur guter Rat sein. Wo böser Wille mit im Spiele war, mußte es natürlich die volle Schärfe der Gesetze wirksam werden lassen, aber wer unter uns wollte eine Verletzung der Grundgesetze von Recht und Gerechtigkeit gelten lassen? Die Achtung vor der Autorität der Staatsgesetze zeigt hier den richtigen Weg.

Das Gewerbeaufsichtsamt in Baden hat jetzt bereits seine Geschichte; es hat eine schöne Tradition. Seine Mission ist klar gestellt für jeden, der im Staats-guten Willens ist. Es dient der sozialen Wohlfahrt, der wahren Menschlichkeit und dem Frieden im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wäre dieses Amt auch die nächsten 50 Jahre geschichtlicher Entwicklung in der Erkenntnis von Pflichtbewußtsein und beruflicher Ehre geführt werden. Die einst in ihm wirkenden Männer, denen allen wir Dank schulden, haben dem Amt hohes Ansehen verschafft; die heute in ihm tätigen Damen und Herren mögen dieses wahren und mehren. Des Dankes aller, die mit warmem Herzen im harten Leben stehen, dürfen sie sicher sein.

Der gegenwärtige Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes,

Oberregierungsrat Emele,

erinnerte in seiner Festansprache an die Tatsache, daß der erste badische Fabrikinspektor seine Aufgabe in der guten alten Zeit übernommen habe, in jenen Tagen, wo Industrie und Technik noch in den Anfängen ihrer Entwicklung standen. Je mehr jedoch Technik und Industrie vorwärts schritten und das Erwerbsleben bestimmend beeinflussten, desto mehr wandelten sich auch Arbeitsweise und Arbeitsgebiete der Gewerbeaufsicht. Das Ziel blieb aber immer das gleiche: Die staatliche Sicherung des Arbeiterschutzes durchzuführen, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen, dafür zu sorgen, daß sie ihr Recht auf geleistete und zu leistende Arbeit auch geistert erhalten.

Der Redner zeichnete dann in kurzen Strichen ein Bild von der Tätigkeit und den Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes in der vergangenen Epoche. An der Spitze aller Fragen stand vor 50 Jahren die Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren, dann folgte die Durchführung des „Zwangsverbotes“, das den Arbeitnehmer davor schützen wollte, daß er zwingend den verdienten Lohn statt in barem Gelde in Waren erhielt. In gleich energischer Weise wurde später das sogenannte Kantinenwesen in seinen Auswüchsen bekämpft.

In den 90er Jahren kam ein neues Aufgabengebiet für die Gewerbeaufsicht hinzu, nämlich die Arbeitsordnung, d. h. die gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine Art Normalarbeitsvertrag. Die Prüfung dieser Arbeitsordnung war zeitweilig die Haupttätigkeit des Amtes, das auf den Erlaß von Arbeitsordnungen im Interesse des Arbeitnehmers wie des Arbeitgebers drängte, wobei man stets von dem Gedanken ausging, daß das Arbeitsverhältnis immer mehr unter persönlicher Freiheit und Achtung, aber auch unter offener Kenntnis der Pflichten und Rechte abgeschlossen werde. In enger Verbindung damit stand die Frage der Arbeitszeit und ihrer Regelung.

Die größte Verantwortung hatte das Amt stets bei der Genehmigung der Überarbeit zu tragen, weil es bei diesem arbeitsmarktpolitischen Problem oft sehr schwer zu erkennen ist, auf welche Ursachen das Bedürfnis nach Überarbeit zurückgeführt werden muß. Angesichts der seit Jahren bestehenden großen Erwerbslosigkeit muß die Gewerbeaufsicht als die Genehmigungsstelle mit der größten Vorhut an Überarbeitersuchen herangehen, denn die öffentlichen Interessen sprechen für die Verteilung der Arbeit auf einen möglichst weiten Zeitraum und auf viele Schultern. Es ist Aufgabe der Wirtschaft, den Staat hierzu zu unterstützen und ihn vor einem zu großen Answellen oder Schwankungen der Erwerbslosenzahlen zu schützen.

Mit zwei Ertragskategorien der Neuzeit ist, wie der Redner weiter ausführte, die Gewerbeaufsicht eng verwachsen: Sonntagsruhe und freier Samstagvormittag, die zweifellos einen bedeutungsvollen Kulturfortschritt und einen Gewinn für Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellen.

Im Laufe der 50jährigen Geschichte des Gewerbeaufsichtsamtes ist ein Arbeitsgebiet immer mehr in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, und zwar die Gestaltung des von Gesundheits- und Unfallgefahren umgebenen Arbeitsplatzes. Seine Überwachung bringt den Gewerbeaufsichtsbeamten in unmittelbare Verbindung mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der wichtigsten Stelle, an der es das Vertrauen beider Seiten zum Ansehen des Arbeiterschutzes gewinnen muß. Im Zusammenhang mit dieser wichtigen Frage mußte das Gewerbeaufsichtsamt immer mehr danach drängen, auf die Bearbeitung der Rausgefühle Einfluß zu bekommen und so die systematische Durchführung des Arbeiterschutzes zu erleichtern. Die Ausführungen des Redners zeigten, daß auch auf diesem Gebiete nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten in verständnis- und vertrauensvoller Zusammenarbeit von Gewerbeaufsicht, Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeutende Erfolge erzielt werden konnten. Die richtige Entwicklungsmöglichkeit wurde aber erst durch das Betriebsratsgesetz geschaffen, weil die Mitglieder des Betriebsrates verpflichtet sind, das Gewerbeaufsichtsamt bei der Bekämpfung der Unfallgefahren zu unterstützen. Besonders bemerkenswert war hier der Hinweis des Redners, daß die grundsätzliche Ein-

stellung zum Arbeiterschutz weder beim Arbeitgeber, noch beim Arbeitnehmer die Furcht vor polizeilicher Regelung sein dürfte, sondern das Durchbringen zur Erkenntnis, daß der Arbeiterschutz eine Notwendigkeit im eigenen und im betrieblichen Interesse ist. Fragen des Arbeiterschutzes sind letzten Endes nicht Fragen des Arbeitgebers und Arbeitnehmers allein, sondern sie müssen der Gemeinschaftsarbeit beider Teile entsprechen. Eines der wichtigsten Aufklärungsmittel über die Fragen des Arbeiterschutzes sind die Jahresberichte des Gewerbeaufsichtsamtes, welche die stärkste Beachtung aller beteiligten Kreise verdienen.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies Oberregierungsrat Emele noch darauf hin, daß die Arbeit des Gewerbeaufsichtsamtes durch die Vergangenheit gegangen sei wie ein Gemeinschaftsgut, und daß es von der Gegenwart vertrieben wäre, an den Leistungen Wörtschhofers und Wittmanns, Föhlings, Richmanns und Englers, die früher an der Spitze der Gewerbeaufsicht in Baden gestanden haben, eine andere Kritik zu üben, als diejenige, die das, was ihr in der Vergangenheit geleistet hat, das wollen wir auch in der Zukunft tun, vor allen Dingen wollen wir unseren Haupteinfluß dahin ausüben, daß in unseren Wirkungsbereichen immer mehr der Gedanke zur Tat wird, der sagt: Der Mensch achtet den Menschen selbst am höchsten.

Letzte Nachrichten

Die Pariser Konferenz

Die Tägungsdauer der deutschen Obligationen
Fr. Paris, 25. März (Priv.-Tel.) Bei den Beratungen in Paris handelt es sich jetzt zunächst um die Frage der Zeitdauer. Dabei stehen die deutschen Vertreter auf dem Standpunkt, daß diese Zeitdauer im wesentlichen durch die Bestimmungen des Dawesplanes gegeben sei, wonach die deutschen Obligationen in 37 Jahren getilgt würden. Das ist auch der Grund, weshalb von deutscher Seite immer auf 37 Jahre hingewiesen wurde. Die Gegenseite behauptet, daß diese Frist nur für Obligationen in Frage komme. Wenn auch dieser Streitpunkt nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist, so scheint er doch die Verhandlungen sehr hart zu beeinflussen.

Revirement in der Diplomatie

M. Berlin, 25. März (Priv.-Tel.) Der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Gorkmann, war wegen der kürzlichen Veröffentlichungen zur Berichterstattung nach Berlin berufen worden. In einer halbamtlichen Mitteilung war von seiner Rückkehr gesprochen worden. Doch erfahren wir, daß er nicht mehr seinen Posten einnehmen wird. Es dürfte überhaupt in nächster Zeit ein großes Revirement bevorstehen, denn allen Dementis entgegen verlautet, daß in kurzer Zeit der Rücktritt des deutschen Botschafters in London, Stahmer, erfolgen werde.

Schlechte Aussichten für Trozki

M. Berlin, 25. März (Priv.-Tel.) In der Frage der Einreise Trozki's hat sich ein gewisser Wandel vollzogen. Ursprünglich hatten der Reichsminister und der Reichsfinanzminister zum Teil Bedenken, die aber durch preussische Einflüsse vermindert worden sind. Da aber das auswärtige Amt im Grunde genommen die gleiche Auffassung hegt, wie der Kanzler, dürfte der abkehrende Standpunkt in der Reichsregierung durchdringen.

Einahme von Rosario

W.V. Mexiko, 25. März (Tel.) Nach einer hier eingetroffenen Meldung haben die Bundesstruppen Rosario eingenommen. Die Aufständischen, die sich zurückgezogen haben, hatten 3 Tote.

Agitation Gandhis

W.V. London, 25. März (Tel.) Nach einer Weitermeldung aus Kalkutta forderte der Nationalistenführer Gandhi gestern in einer Versammlung dazu auf, die ausländischen Tücher anlässlich des Hindufestes zu verbrennen. Die Gerichtsverhandlung gegen Gandhi wegen der Zwischenfälle in Kalkutta am 4. März, bei denen Gandhi verhaftet worden war, wird morgen beginnen.

Graf Edwin Fendel von Donnersmarck, der Präsident des Deutschen Volksbundes in Ostpreußen-Oberostpreußen, ist 64 Jahre alt gestorben.

Badisches Landestheater

Das Nachfolge-Christi-Spiel

Von Max Well

In Szene gesetzt von Felix Baumbach
Max Well erstrebt eine Renaissance des christlichen Volkspiels. Darin liegt die Gefahr, daß der gewaltige Gehalt einem theatralischen Gesammelstück nutzbar gemacht wird. Wir kennen zur Genüge jene Nichts-als-Astheten, denen aus Mangel an sittlicher und religiöser Überzeugung die Ehrfurcht fehlt vor den geheiligten Glaubensüberlieferungen. Max Well zählt nicht zu jenen Ästhetern. Seine Spiele — wir erleben hier auch schon mit Ergriffenheit sein „Apostelspiel“ — sind mehr Werte des Glaubens, des sittlich-religiösen Bekenntnisses, als der Kunst. Schlicht gestaltet er in altertümlicher Sprache seine parabolische Ballade, um aus vergänglichem Geschehen der Wirklichkeit die ewige Heilswahrheit erwachen zu lassen. So läßt im Nachfolge-Christi-Spiel die Kreuzesmarter eines Schlossherrn dessen Erlösungswillen ertönen und sein Tod die Erlösung Tat werden.

Felix Baumbach bemühte sich mit Erfolg, bloßes Theater bei der Inszenierung dieses schlicht-bedeutungsvollen Spiels zurückdrängen und dennoch durch wirkungsvolle bühnische Akzente des Schauspielers wachzuhalten. Mit Ausnahme der Pländerungszenen, die gedehnt und leer wirkte, vollzog sich der Bühnenablauf mit innerer Spannung und äußerer malerischer und plastischer Bildhaftigkeit.

Paul Dietl, als Schlossherr der Hauptträger der Handlung, war adelig in Haltung und Gebärde und wußte mit innerlicher Wärme die seelische Erschütterung zu gestalten, so daß schließlich alle äußeren Formen schwanden und in ihm nur das reine, gläubige Menschentum zum Durchbruch kam.

Die Fülle der übrigen Gestalten, bei denen das gesamte Schauspielensemble, teilweise doppelt, beteiligt war, zeigte durchgehend charakteristische, abschattende Darstellung, so daß im Rahmen des Forten Lichts eindrucksvoll aufgebauten Bühnenbilds Wells Erlösungsspiel sich von starker Wirkung erwies.

Prof. Dr. Karl Goll.

Rebutadnezar

(Gastspiel des Mannheimer Nationaltheaters.)

Als Austauschspiel hat uns die Mannheimer Oper Verdis „Rabucco“ gebracht, der unter dem Namen „Rebutadnezar“ drüben in der Stadt von einigen Monaten seine deutsche Uraufführung erlebte. Das Werk zählt so wenig wie andere, heute wieder ausgegrabene, Jugendschöpfungen zu Verdis Meisterleistungen, kann aber, trotz des lahmen Textbuches von Tommaso Solera eine gewisse religiöse Kraft nicht verleugnen, die noch heute — 87 Jahre nach der übrigens sehr erfolgreichen Premiere an der Mailänder Scala — bedenklich nachklingt. Allerdings, die eigentliche Handlung mit jenem Babylonertönig, den man nicht zu Unrecht einen neuraufsteigend verfeuchten Zammertyrannen nannte, im Mittelpunkt, ist zu einer Angelegenheit ohne jedes dramatische Schwergewicht mittlerweile gesunken, dafür verdichtet sich aber die Partitur um so deutlicher schon zu dem späteren echten Verdi-Charakter, vorweg in ihrem spezifisch höheren Gefühl für den notwendigen Wechsel von Ensemble- und Sologesang, der hier weit besser als in der bekannteren Fassung des ungefähr gleichen Grundmotivs (in der „Nacht des Schicksals“), der Sprache der Oper ihren einmalig bestimmenden Stil gibt.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß schon nach dem ersten Akt (im ganzen sind es deren nach der Schottländerischen Bearbeitung jetzt vier) starker Weisfall anhub, der überdies wegen der wirklich vorzüglichen Einstudierung des Frühwerkes durch Erich Orthmann sehr berechtigt war. Denn der Dirigent wußte die den Arien und Chören innewohnende, aufreizende Macht so kraftvoll zu interpretieren, daß kaum ein Hörer sich ihrer rein klanglich bezaubernden Fülle entziehen konnte; vor allem die rhythmische Präzision des sorgsam geschulten und glänzend vorbereiteten Chores ermöglichte eine aktive Mitwirkung von erstaunlicher Lebhaftigkeit. Die Solisten schloßen sich insgesamt dieser ans Oratorienhafte erinnernden Linienführung an, wenn auch Gertrud Bindernagels Abigail anfänglich doch mehr auf dramatische Stimmführung beruht schien. Aber im lebenshaftigen Zusammenklang mit Sibney de Bries' Rebutadnezar etwa, verkörperte sie eine

Szene von so antiker Größe und trotzdem von so unerhörter Vitalität, daß ihrem hingebenden Sopran kaum das Prädikat „vollendet“ in jeder Beziehung vorzuentfallen ist. Und selbst neben dem ausgezeichneten Bariton, der durch dämonisches Spiel und abgerundeten Gesang aufstiehl, konnten sich noch achtunggebietend Erna Schüller (Jemima) und Wilhelm Fenten (Zacharias) zur Geltung bringen, nicht minder in kleineren Partien Salentin Waller, Heinz Berghaus und Fritz Harting, weil sie aus dem Geist des Werkes ihre Aufgaben erfaßten und dementsprechend lösten. Auch der Regisseur Dr. Richard Fein hatte kein geringes Verdienst an der eindringlichen Wirkung, ebenso wenig Dr. Eduard Köfler mit seinen Stimmungen fördernden Farbworten sehr repräsentativer Art, vornehmlich in den Bühnenbildern der letzten Akte. Der Weisfall war nach am Schluß recht stark, auch damit die Ansicht widerlegend, als hätte man mit großen Mitteln einem unwesentlichen Werk zu einem Scheinleben verhelfen wollen. Das hatten jedoch offenbar viele Karlsruhe'er Opernfreunde vermutet; leider wies das Haus erhebliche Lücken auf und stellte damit der Wiederholung ähnlicher Austauschspiele, was freilich sehr zu bedauern wäre, ein ungünstiges Prognostikon.

Vom Reichsverband bildender Künstler, Gau Süddeutschland. In der am Dienstag in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung hielt Maler A. Wölke von der Dresdener Kunstakademie einen Vortrag über „Farbenlehre, Temperaarten, Malmittel und Schutzbehandlung“. Nach vor kurzem lag dieses Gebiet der Malerei auf unseren Akademien sehr im argen, bis sich einige Länder entschlossen, auf ihren Akademien besondere Lehrstühle hierfür einzurichten. Denn für das Gelingen eines Gemäldes, wie für jede Lebensdauer, ist es eben ausschlaggebend, mit welchem Material gearbeitet und wie es angewandt wird. Es wurde allgemein der Wunsch in der Versammlung laut, einmal einen längeren Kursus, vielleicht von zwei bis drei Wochen abzuhalten, in dem Gelegenheit gegeben wäre, selbst praktische Versuche anzustellen. Am ehesten ließe sich wohl in Zusammenarbeit mit der Landeskunstschule ein solches Projekt verwirklichen.

Der Wahltag in Italien

Abstimmung über die faschistische Liste

Nach amtlichen Meldungen vollzogen sich die Wahlen im ganzen Königreich, die in Wirklichkeit lediglich eine Abstimmung über die faschistische Liste sind, unter großer Begeisterung der Bevölkerung. Die Wahlbeteiligung betrug bis 5 Uhr nachmittags in einigen Bezirken 95 Prozent der eingetragenen Wähler. In vielen Ortschaften begaben sich die Bauern und Arbeiter in geschlossenem Zuge mit Musikpfeifen und mit wehenden Fahnen zu den Wahllokalen. Zugleich wurde der zehnte Jahrestag der Gründung faschistischer Verbände in ganz Italien festlich begangen.

W.V. Rom, 25. März. (Tel.) Bis 7 Uhr heute früh lagen die Wahlergebnisse aus 86 Provinzen vor: 7 934 733 Wähler haben ihre Stimme für die Regierung abgegeben, 125 118 gegen die Regierung. Es fehlen noch die Ergebnisse aus 6 Provinzen.

W.V. Rom, 25. März. (Stefani.) (Tel.) Der Unterstaatssekretär Bianchi erklärte der Presse: Bei den Wahlen im Jahre 1921 betrug die Beteiligung 68 Prozent, im Jahre 1924 belief sie sich auf 63 Prozent, während die Beteiligung bei den jetzigen Wahlen 80 Prozent überstieg, so daß die gegenwärtigen Wahlen als eine wirkliche Volksabstimmung angesehen werden können. Der Erfolg sei beispiellos.

Die Wahlen in Südtirol

W.V. Innsbruck, 25. März. (Tel.) Wie der Tiroler Anzeiger meldet, ist der Wahlsonntag in Südtirol — wie überhaupt in ganz Italien — vollständig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug in Südtirol 80 Prozent. In der Provinz Bozen waren 52 078 Wahlberechtigte; davon gingen 41 139 zur Wahlurne; von diesen stimmten 38 248 mit Ja, 2809 mit Nein, ungenügend waren 87 Stimmen. In der Stadt Bozen wählten 7445 Personen; von ihnen stimmten 7042 mit Ja, 371 mit Nein. In Meran stimmten 3682 mit Ja, 242 mit Nein. — Die faschistische Bozener „Alpenzeitung“ brachte in Klafasform auf der ersten Seite folgende Worte: „Wer eine Nein-Stimme abgibt, oder sich der Stimmabgabe ganz enthält, ist ein Verräter und Defektor.“

Das „Rote Treffen“ in Basel

Ruhiger Verlauf

Das für den gestrigen Sonntag von den Kommunisten als Protest gegen den Faschismus in Italien veranstaltete sog. „Rote Treffen“ in Basel ist vollständig ruhig verlaufen. Durch die von der Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen konnten jegliche Anspannungs- und Demonstrationen überall sofort im Keime erstickt werden. Eine auf badischem Gebiet, in Leopoldshöhe, veranstaltete Versammlung deutscher Kommunisten beschloß, ihren Versuch, nach Basel vorzustoßen, als aussichtslos aufzugeben. In Basel selbst wurden während des ganzen Tages insgesamt etwa 25 Versammlungen vorgenommen, darunter diejenigen des Zentralsekretärs der kommunistischen Partei der Schweiz und der durch ihre im ganzen Lande zahlreich gehaltenen Reden bekanntgewordenen Rosa Grimm. Während des ganzen Tages war die nähere Umgebung des italienischen Konsulats durch polizeilichen Schutz besonders sichergestellt.

Am Sonntag nachmittag veranstalteten die Kommunisten auch in Zürich auf dem Helvetiaplatz eine antifaschistische Kundgebung. Die Zuhörer, meist Neugierige, wurden durch die Polizei auseinandergetrieben. Kurz darauf rottete sich eine neue Gruppe auf dem gleichen Platz zusammen. Die Polizei räumte zum zweitenmal, ohne auf Widerstand zu stoßen, den Platz. Bis gegen 11 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Am ganzen Sonntag wurden von der städtischen Polizei 18 und von der Kantonspolizei 16 Verhaftungen vorgenommen. Ein Mann erlitt einen schweren Schädelbruch.

Südchinesisches Ultimatum an Hanking

W.V. London, 25. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Hongkong: General Wangschung hat den Oberbefehl in Hanking übernommen und gemeinsam mit General Tangschichung in einem Ultimatum die Freilassung von Kutschang gefordert, der Vorsitzender der Kwantung-Gruppe des politischen Zentralrats ist. Bei Nichterfüllung seiner Forderung will er eine Expedition gegen Tschiangkaiſchek entsenden.

General Sarrail †

Der französische General Sarrail, der ehemalige Oberkommandierende der Orientarmee, ist in Paris im Alter von 73 Jahren gestorben. General Sarrail führte während der Marne-Schlacht eine Armee und erzielte dann den Oberbefehl in den Argonnen, bis er nach den deutschen Teilerfolgen Ende Juli 1915 des Oberbefehls entbunden und mit dem Oberbefehl im Orient betraut wurde. Dezember 1917 wurde er auch hier abberufen, und schließlich April 1918 in die Reserve versetzt. Sarrail gehörte der linksrepublikanischen Partei an und war u. a. gegen die Ruhrbesetzung aufgetreten. Nach dem Wahlsieg der Linksparteien im Mai 1924 wurde er ohne Altersgrenze wieder in den aktiven Dienst versetzt und bald darauf anstelle Wegandts zum Oberkommandierenden in Syrien und zum Oberbefehlshaber der französischen Levante-Armee ernannt. Nach der Besetzung von Damaskus wurde er Ende Oktober 1925 vom Kabinett Briand abberufen.

Kurze Nachrichten

Das Reinhardt-Wahlspiel in München soll jetzt doch noch vor sich gehen. Der bayerische Kultusminister Goldenberger hat, wie nach dem Ausgang der Landtagsdebatte zu erwarten war, nachgegeben. Er hat dem Oberbürgermeister Scharnagl mitgeteilt, daß er, wenn eine finanzielle Beteiligung des Staates an den Kosten nicht in Frage komme, und die technischen Möglichkeiten, die Spiele in diesem Sommer durchzuführen, gegeben seien, das Staatstheater zur Verfügung stellen werde. Cambridge steigt. In dem berühmten Achterrennen der Universitäten Oxford und Cambridge trug Cambridge mit viererhalb Bootslängen den Sieg davon. Somit stehen beide Universitäten seit dem ersten Rennen vor genau 100 Jahren mit je 40 Siegen auf gleicher Höhe.

Die Kündigung des Lohnabkommens im Ruhrbergbau. In einer in Bochum abgehaltenen Funktionärskonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes für das gesamte Ruhrrevier wurde einstimmig beschlossen, das bestehende Lohnabkommen im Ruhrbergbau zum 1. Mai d. J. zu kündigen und einen verbesserten Lohnvertrag zu verlangen. — Die in Essen abgehaltene Konferenz des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter Deutschlands war ebenfalls einstimmig der Auffassung, die Lohnordnung zum nächstmöglichen Termin zu kündigen.

Die neuen amerikanischen Einwanderungsquoten. Auf Grund der neuen Einwanderungsquoten, die am 1. Juli in Kraft treten sollen, werden von Großbritannien und Nordirland jährlich 65 721 Einwanderer zugelassen werden, während die britische Quote bisher nur 34 007 betrug. Die deutsche Quote wird, wie bereits gemeldet, von 51 227 auf 25 957 herabgesetzt, und die österreichische von 785 auf 1435 erhöht.

Badischer Teil

Die Landesbibliothek

Ist nach Säkung § 20 wegen Reinigung von Gründonnerstag bis einschließlich Sonntag, den 7. April, geschlossen.

Schiffverkehr Friedrichshafen — Lindau — Bregenz

Der wegen starker Vereisung der Hafenanlagen anfangs Februar eingestellte Schiffverkehr Friedrichshafen — Lindau — Bregenz wurde ab 23. März wieder aufgenommen.

Die Tagung der katholischen Kirchenkreisvertretung

Ist auf Dienstag, den 9. April d. J., nach Freiburg anberaumt.

Die Schweiz und die Rheinregulierung

Bezüglich der Verteilung des schweizerischen Anteils an den Kosten der Rheinregulierung ist, wie aus Bern gemeldet wird, das Angebot von Basel-Stadt regierungsseitig gutgeheißen worden. Danach wird Basel ungefähr 20 Prozent des schweizerischen Anteils zu übernehmen haben. Anfang nächster Woche beginnen die Verhandlungen mit Deutschland, die sich auf eine Reihe von Einzelfragen, wie Garantie für evtl. unterhalb der regulierten Strecke entstehende Schäden, den Unterhalt, die Aufrechterhaltung der Schifffahrt usw., beziehen.

Lohnabkommen in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Der Arbeitgeberverband der Uhrenindustrie hat das bestehende Lohnabkommen gekündigt. Nachdem eine Einigung der Parteien über das neu zu schaffende Abkommen nicht zustande kam, hat der Arbeitgeberverband den Schlichter für den Bezirk Südbadischer Land angelernt. Der Schlichter hat die Parteien zu einer Vorverhandlung auf Mittwoch, den 3. April 1929, nach Stuttgart geladen.

Die Stadthaushalte von Karlsruhe und Mannheim angenommen

Der Karlsruher Bürgerausschuß hat am Samstag abend nach vierstündiger Beratung und nach einer im ganzen 18-stündigen Sitzungsdauer den gesamten städtischen Haushaltsplan mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, 19 000 RM Zuschuß des Landestheaters zu streichen, so daß dieser nur 600 000 RM beträgt, wurde mit 41 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Ein anderer Antrag, besondere Beiträge für Kanalreinigung, Abgrabenentleerung, Müllabfuhr und Straßeneinrichtung zu erhöhen, wurde angenommen.

In der Samstagssitzung gab es noch einer ausführlichen Debatte zum Wohlfahrtsrat, der eine halbe Million mehr fordert als bisher, und bei dem auch zahlreiche weibliche Stadtverordnete sprachen. Stadt, Siegrist (Volkspartei) überreicht einen Antrag gegen die Erhöhung von Mieten in Neubauten. Die der gleichen Partei angehörende Frau Lehner spricht für die Kleinrentner, denen ihr Eigentum entgegen den Verfassungsbestimmungen genommen wurde. Die Kleinrentner hätten einen Rechtsanspruch auf ein Mietenverfügungsrecht. Sie hat die Stadt, mit den in ihrer Fürsorge stehenden Kleinrentnern großzügig zu verfahren, zumal sie große Vorteile den früheren Kapitalrentnern verdanke. — Das Altersheim, so verlangte Frau Bernauer (Soz.) dürfe nicht an einem, dem starken Verkehr ausgesetzten Platz, sondern vielleicht in eine Anlage gestellt, aber nicht weit entfernt von der Stadt gebaut werden. Die geistig wertigen Leute gehören nicht nach der Sub. Über einstimmend wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, mit den Fürsorgefällen zu leben. Die Zahlen des Fürsorgeetat's drücken, so führte Stadt, Kappes (Soz.) in sehr eindringlicher Rede aus, ein solches Not von mehr als einem Zehntel der Bevölkerung aus. Auch die jeiliche Notlage der Betroffenen müsse in Rechnung gezogen werden. Man müsse wieder auch die freie, ehrenamtliche Mitwirkung in der Fürsorgepflege zu der beamteten heranziehen. „Arbeitsfürsorge“ könne nur unter Mitwirkung der in Frage stehenden erfolgen. Für die Arbeitssuchen müßten auch Einrichtungen in der Richtung einer Arbeitsdienstpflicht, ähnlich wie in anderen Städten, geschaffen werden. In den Fällen der kinderreichen Familien und der Jugendlichen, die ohne eigene Schuld alleinstehend leben müssen, herrsche, das betonte der Zentralredner Gurt, ebensolche Not. Das Verantwortlichkeitsgefühl für Familie und Allgemeinheit müsse in der Fürsorge gewahrt werden. Auf der Basis der Gemeinnützigkeit und ohne Schädigung der Allgemeinheit müßte es weiter versucht werden, planmäßig Arbeitsfürsorge zu betreiben und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Sozialrentner und Kleinrentner hätten ein gleiches Recht auf Fürsorge, so wurde in der weiteren Debatte erklärt. Die Arbeit der Fürsorgebeamten leide unter ihrer Belastung und den Enttäuschungen, die sie erleben. Die Sozialrentner beziehen ebenfalls infolge der Inflation geringere Renten, als sie ohne die Inflation bekommen hätten.

Auch der Mannheimer Bürgerausschuß schloß am Samstag nach vierstündiger Beratung die Budgetberatung. Der Etat der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1929/30 wurde bei unbedeutendem Steuerfuß mit einer Endziffer von 103 688 800 RM in Einnahme und Ausgabe mit allen gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

Die Einzelberatung brachte bei den wesentlichen Positionen, z. B. Straßenbahn, Wohnungswesen, Fürsorge, Schulen usw. die üblichen Reden, in denen alljährlich wiederkehrende Wünsche und Anregungen vorgebracht wurden. Bei der Aussprache über das Nationaltheater drohte ein Zwischenfall. Die Annahme dieses Etats zu gefährden. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Hirschler hatte der Volkspartei gegenüber in einer polemischen Äußerung erklärt: „Früher hatten Sie es ja besser, da stand der Leiter Ihrer Fraktion unter dem Schutz des § 51.“ Die Anspielung bezog sich auf die früheren volksparteilichen Stadtverordneten Hofes, der kürzlich unter Bezugnahme auf den § 51 von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen worden war. Diese Bemerkung hatte bei den Deutschen Volkspartei große Erregung ausgelöst, so daß lange, vertrauliche Verhandlungen notwendig waren, um den Zwischenfall beizulegen. Dr. Hirschler erklärte sodann, daß er mit seiner Bemerkung auf die Deutsche Volksparteifraktion weder einen Druck ausüben, noch jemand zuzureuen trauen wollte. Schließlich wurde der Theateretat am Freitag gegen 1 Uhr nachts gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Freiburg i. Br., 24. März. Das Werkplakat zum zehnten badischen Bundesjubiläum in Freiburg (Pflingstem 1929) ist fertiggestellt und wird nun allenfalls in den badischen Städten und Gemeinden gesehen werden. Es zeigt den König David mit der Harfe, — „Geschmückt mit König Davids Bild“, — wie er am Freiburger Münster thront.

Dogern (bei Waldshut), 24. März. Für die geplanten und konzessionierten Oberheinkraftwerke von Dogern und Redingen sind — wie die „Basler Rheinquellen“ mitteilen, die Finanzierungsverhandlungen immer noch im Gange. Es besteht die Hoffnung, daß diese mit den schweizerischerseits gestellten Exportverträgen für die elektrische Energie in Wäde zum Abschluß gelangt.

D. St. Mafien, 23. März. Großadmiral von Tirpis hatte seit dem Jahre 1905 seinen Sommerfrüh in St. Mafien im Schwarzwald, den er bis zum 1. Oktober 1927 beibehielt. Seit diesem Zeitpunkt lebt er auf seinem neuen Sommerfrüh in Feldafing bei München.

D. Konstanz, 23. März. Bei dem Brand in Konstanz handelt es sich um die Uhrgehäufefabrik Schumann & Co., die vor kurzem in den Besitz des Regieremeisters Johann Gahn übergegangen ist. Das Feuer konnte nur unter Aufbietung der gesamten Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden. Auch die in diesem Gebäude untergebrachte pharmazeutische Fabrik „Medico“, G. m. b. H., die sich in der Hauptsache mit der Herstellung von „Euformal“ befaßt, blieb von Feuer verschont. Neben der Einrichtung fielen dem Brande 2500 fertige Uhrgehäuse und zahlreiche Uhrwerke zum Opfer. Die Fabrik bezog die Uhrwerke von auswärts und setzte diese dann in die von ihr verfertigten Uhrgehäuse ein. Der Betrieb ist völlig lahmgelegt. Es wird Brandstiftung vermutet; eine Verhaftung wurde bereits vorgenommen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. März		23. März	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.61	168.95	168.63	168.97
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.20	112.42
Italien . . . 100 L.	22.05	22.09	22.055	22.095
London . . . 1 Pfd.	20.44	20.48	20.437	20.477
New York . . 1 D.	4.2110	4.2190	4.2105	4.2185
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.00	81.16	81.005	81.165
Wien 100 Schilling	59.19	59.31	59.195	59.315
Prag . . . 100 Kr.	12.48	12.50	12.478	12.498

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 20. März ist mit 139,3 gegenüber der Vorwoche um 0,4 Proz. zurückgegangen. Mannheimer Gummi-, Guttapercha- und Abfabrik A.-G., Mannheim. Der am 31. Mai stattfindenden Generalversammlung wird laut „Frankf. Bg.“ vorgeschlagen, den Reingewinn aus 1928 von 190 185 RM nach Deduktion des Vertriebsvortrags von 125 012 RM mit 65 173 RM zu Rückstellungen zu verwenden. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1 205 000 RM.

Spinnerei- und Weberei Offenbach. Die Generalversammlung am Samstag wurde von Oberamtmann a. D. Garbat als Vorsitzendem des Aufsichtsrates geleitet. Insgesamt waren 3082 Aktien vertreten. Es wurde beschlossen, eine Dividende von 7 Proz. zu verteilen. Trotz des schlechten Geschäftsjahres sei ein erträgliches Ergebnis erzielt worden. In den Aufsichtsrat wurden wiedergewählt Konjul Dubbers, Bremen, und Bankier O. Seligmann. Neu hinzugefügt wurden Geheimrat Prof. Bauer, Heidelberg, und Bankdirektor Krüger von der Rheinischen Kreditbank in Karlsruhe. Über die Aussichten wurde gesagt, daß sie trübe seien, so daß sich leider, wie in der ganzen Textilindustrie, Entlassungen, namentlich in der Weberei, nicht vermeiden lassen. Der Abfall der Gewebe könne nur zu Verlustpreisen erfolgen.

Gesellschaft für Holzstoffbereitung Basel. Die Gesellschaft, die neben anderen auch das Albruder Werk bei Waldshut betreibt, bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr 1928 wiederum auf das 2,1 Mill. Schweizer Franken betragende Vorzugsaktienkapital 18 Proz. Dividende und auf das gleichhohe Stammaktienkapital 12 Proz. Dividende zur Verteilung.

Kleine Chronik

Das Berliner Palais des Prinsen Albrecht in der Wilhelmstraße gegenüber der Kochstraßenmündung, soll ein Hotel werden. Es soll ein Hochhaus von acht Stockwerken zur Ergänzung gebaut werden, um als Gasthaus zu dienen.

Das Kraftpostwerk Vornigalbe bei Tegel-Berlin wurde durch Feuer vernichtet.

Die Überschwemmungen in den amerikanischen Südstaaten haben bisher 35 Todesopfer gefordert.

Ein englisches Schmugglerschiff verurteilt. Amerikanische Wachbote verurteilten den englischen Schoner „Zmalone“, der seit langem den Alkoholsmuggel betrieb. Ein Mann der Besatzung wurde durch Geschützfeuer getötet. England erhob Vorstellungen in Washington.

Staatsanzeiger

Dem Turnverein 1845 in Rehl wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Der Minister des Innern.
J. B. Föhrenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurufbefehlungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Polizeihauptwachmeister Georg Winterbauer in Heidelberg zum Polizeioberwachmeister.

Veretzt:
Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Friedrich Hofe in Adelsheim in gleicher Eigenschaft nach Weinheim, Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Oskar Jaeger in Engen in gleicher Eigenschaft nach Adelsheim.

Ernannt:
Praktischer Arzt Dr. Hans Roth in Engen zum Medizinalrat als Bezirksarzt in Engen.

Ministerium der Finanzen

Befördert:
Forstrat Oskar Kurz in Lahr zum Oberforstrat.

Zur Ruhe gesetzt:
Schleusenmeister Schaller in Mannheim.

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. D.728
Handelsregistereintrag
Nbt. A. Bd. I D. 3. 148
— Firma **Emil Sommer-**
meyer, Verlagsbuchhandlung,
in Baden-Baden —: Die
Firma lautet jetzt: **Emil**
Sommermeyer, Verlags-
buchhandlung. Der Sitz
der Firma ist nach Elber-
feld verlegt. (5. 3. 1929.)
Nbt. II D. 3. 630 — Fir-
ma **Gebr. Albrecht, Anti-**
quitäten- und Kunsthand-
lung in Baden-Baden —:
Der Geschäftsführer **Fried-**
rich Albrecht ist ausge-
schieden, die Gesellschaft
aufgelöst. Der seitberige
Gesellschafter **Wilhelm Al-**
brecht ist alleiniger Inha-
ber der Firma. (4. 3. 29.)
Baden, den 5. März 1929.
Geschäftsstelle des Bad.
Amtsgerichts I.

Donaueschingen. D.725
Handelsregistereintrag
zur Firma **Büsten- und**
Kinselfabrik Donauesching-
gen, vorm. Mez & Cie.,
G. m. b. H. in Altmünds-
hofen: Die Vertretungs-
befugnis der Geschäftsführ-
er **Dr. Georg Krotosch-**
ner, Franz Rosenber-
ger und **Alfred Krotosch-**
ner ist beendet. Als
alleiniger Geschäftsführer
ist **Erich Kocher**,
Direktor in Freiburg i. Br.,
bestellt. Dem **Adolf Göt-**
tschmann in Donaueschingen,
ist die Prokura erteilt.
Die Prokura des **Paul**
Geismar, des Josef
Weser und des **Albrecht**
Walter sind erloschen.
Donaueschingen, den 1.
März 1929.
Bad. Amtsgericht.

Karlsruhe. D.739
1. **Emil Kohn, Saar-**
vertrieb, Karlsruhe. Die
Firma ist erloschen. 11. 3.
1929.
2. **Käthe Müller Witwe,**
Karlsruhe, Einzelkauf-
mann, Fabrikant Friedrich
Müller Witwe geb. geb.
Uderlöh, Karlsruhe,
(Herstellung und Vertrieb
von **Rarmortwaren, Rüp-**
purcer Straße 18. 14. 3.
1929.)
3. **Julius Oppenheimer,**
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen. 13. 3. 1929.
4. **Franz Fischer & Cie.,**
Karlsruhe, Prokura: Oskar
Schneider, Kaufmann,
Karlsruhe. 14. 3. 1929.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. D.740
Handelsregistereinträge:
1. **Kathariner's Malz-**
fabriken, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Ver-
lin, mit einer Zweignieder-
lassung in Karlsruhe. Die
Zweigniederlassung in
Karlsruhe ist aufgehoben.
4. 3. 1929.
2. **Grenacher Feil- und**
Mineralquellen, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung in Karlsruhe. Der
bisherige Geschäftsführer
Karl Dieckhoff ist Liquidator.
11. 3. 1929.
3. **Baubedarf, Gesell-**
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Müller, Glauner &
Tagis, Karlsruhe. Gegen-
stand des Unternehmens
Herstellung und Vertrieb
von Baumaterialien jeder
Art. Die Gesellschaft darf
sich an anderen Unterneh-
mungen mit ähnlichen Ge-
schäftszwecken beteiligen,
sie erwerben und sie ver-
treten. Stammkapital:
40 000 M. Geschäftsführer:
Adolf Müller, Architekt,
Adolf Glauner, Kaufmann,
beide in Karlsruhe.

Karlsruhe. D.776
Handelsregistereinträge:
1. **August Sauerwein,**
Karlsruhe, Kommanditge-
ellschaft mit Beginn am
1. Januar 1929, bei welcher
Martha und Antonie
Sauerwein, beide in Karlsruhe,
die persönlich haftenden
Gesellschafter sind.
Es ist ein Kommanditist
beteiligt. Die Prokura der
Martha u. Antonie Sauer-
wein ist erloschen. 19. 3.
1929.
2. **Theodor Leeb, Karlsruhe.**
Prokura: **Herbert**

ruhe. Der Geschäfts-
vertrag ist am 5. März
1929 festgestellt. Mehrere
Geschäftsführer vertreten
die Gesellschaft einzeln.
Bestimmungen der Ge-
ellschaft erfolgen im
Deutschen Reichsanzeiger,
11. 3. 1929.
4. **Albert Schneider, A.**
G. & Co. mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Durch
Gesellschafterbeschluss vom
1. Juli 1928 wurde die
Gesellschaft aufgelöst. Li-
quidatoren: **Albert Schnei-**
der, Fabrikant, Oskar
Wehr, Kaufmann, beide in
Karlsruhe. 12. 3. 1929.
5. **Seybold, Gesellschaft**
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. René Seybold
ist nicht mehr Geschäfts-
führer. 12. 3. 1929.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. D.774
Handelsregistereinträge:
1. **Adlerwerke, vormals**
Reinrich Meyer, Aktiengesell-
schaft, Filiale Karlsruhe,
Hauptsiß Frankfurt a. M.,
Ernst Dagemeier, Direktor,
Frankfurt a. M., ist zum
weiteren ordentlichen
Vorstandsmitglied be-
stellt. 18. 3. 1929.
2. **Georg Adam Kallen-**
bach & Sohn, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen. 18. 3. 1929.
3. **Cellochemische Werke,**
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe
(Kolltstraße 81). Gegen-
stand des Unternehmens:
Herstellung und Vertrieb
chemischer Erzeugnisse, so-
wie Handel mit solchen
Waren, insbesondere die
gewerbliche Verwertung
der von Herrn Dr. Nadai
angemeldeten Patente, so-
wie sonstiger Schutzrechte.
Zur Erreichung dieses
Zwecks ist die Gesellschaft
befugt, gleichartige oder
ähnliche Unternehmungen
zu erwerben, sich an sol-
chen zu beteiligen und ihre
Vertretung zu übernehmen.
Stammkapital 200 000 M.
Geschäftsführer: **Dr. Ing.**
Albert Nadai, Franz Gols-
berger, Ingenieur, beide
in Karlsruhe. Der Geschäfts-
vertrag ist am 11.
März 1929 festgestellt. Die
Firma wird von je zwei
Geschäftsführern od. von
einem Geschäftsführer ge-
meinsam mit einem Pro-
kuristen oder von zwei
Prokuristen vertreten. Be-
stimmungen der Gesell-
schaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger. Die
von dem Geschäftsführer
Dr. Albert Nadai geleitete
Sacheanlage besteht in der
Verwertung der Verfab-
ren, die unter **Altengesell-**
schaft N. 27021, N. 28789,
N. 29761 und N. 29736
zum Patent angemeldet
sind und deren Gesamtwert
auf 75 000 M. fest-
gesetzt ist. 22. 3. 1929.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. D.776
Handelsregistereinträge:
1. **August Sauerwein,**
Karlsruhe, Kommanditge-
ellschaft mit Beginn am
1. Januar 1929, bei welcher
Martha und Antonie
Sauerwein, beide in Karlsruhe,
die persönlich haftenden
Gesellschafter sind.
Es ist ein Kommanditist
beteiligt. Die Prokura der
Martha u. Antonie Sauer-
wein ist erloschen. 19. 3.
1929.
2. **Theodor Leeb, Karlsruhe.**
Prokura: **Herbert**

Karlsruhe. D.776
Handelsregistereinträge:
1. **August Sauerwein,**
Karlsruhe, Kommanditge-
ellschaft mit Beginn am
1. Januar 1929, bei welcher
Martha und Antonie
Sauerwein, beide in Karlsruhe,
die persönlich haftenden
Gesellschafter sind.
Es ist ein Kommanditist
beteiligt. Die Prokura der
Martha u. Antonie Sauer-
wein ist erloschen. 19. 3.
1929.
2. **Theodor Leeb, Karlsruhe.**
Prokura: **Herbert**

Karlsruhe. D.776
Handelsregistereinträge:
1. **August Sauerwein,**
Karlsruhe, Kommanditge-
ellschaft mit Beginn am
1. Januar 1929, bei welcher
Martha und Antonie
Sauerwein, beide in Karlsruhe,
die persönlich haftenden
Gesellschafter sind.
Es ist ein Kommanditist
beteiligt. Die Prokura der
Martha u. Antonie Sauer-
wein ist erloschen. 19. 3.
1929.
2. **Theodor Leeb, Karlsruhe.**
Prokura: **Herbert**

Behlich, Kaufmann, Karlsruhe,
künftig in Freiburg,
20. 3. 1929.
3. **G. O. Frey, Raaf,**
Karlsruhe. Die Firma ist
erloschen. 22. 3. 1929.
Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. D.780
Handelsregistereinträge:
a) vom 5. März 1929:
Schubring, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Mannheim. Der Geschäfts-
vertrag ist am 24.
Januar und 15. Februar
1929 festgestellt. Gegen-
stand des Unternehmens ist
der Abschluß von Liefer-
ungsverträgen mit Schuh-
fabriken und Fabriken
von Nebenartikeln des
Schuhhandels. Die Gesell-
schaft verfolgt keine wirt-
schaftlichen Zwecke; sie ist
nur eine Verrechnungs-
stelle. Das Stammkapital
beträgt 20 000 M. Ge-
schäftsführer ist Heinrich
Doelen, Schuhhändler,
München. Die Gesellschaft
wird, wenn nur ein Ge-
schäftsführer bestellt ist,
durch diesen, wenn aber
mehrere Geschäftsführer
bestellt sind, durch zwei
Geschäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer in
Gemeinschaft mit einem
Prokuristen vertreten. Als
nicht eingetragen wird ver-
öffentlicht: Die Bestim-
mungen der Gesellschaft
erfolgen nur durch den
Deutschen Reichsanzeiger.
Geschäftslokal: **M. 1, 2.**
b) vom 7. März 1929:
Gebr. Sauerwein, Aktiengesell-
schaft, in Mannheim, Zweignieder-
lassung, Sitz Berlin: Die Prokura
des Billy Winkelmann ist er-
loschen. Dem Carl Heinrich
Koch in Berlin-Tempel-
hof ist Prokura so erteilt,
daß er gemeinsam mit
einem Vorstandsmitglied
die Firma zu zeichnen
befugt ist. Viktor Kaul
ist nicht mehr Vorstands-
mitglied. Zu Vorstands-
mitgliedern sind bestellt:
Kaufmann Carl J. Morgen-
roth, Berlin, Kauf-
mann Max Cramer, Ber-
lin.
c) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
e) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Mannheim. D.780
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Mannheim. D.780
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Mannheim. D.780
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Mannheim. D.780
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Müder & Weisel, Mann-
heim: Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Das Geschäft
samt der Firma ist auf
Kaufmann Hans Weisel,
Mannheim, übergegangen,
der es als alleiniger In-
haber unter der bisher-
igen Firma weiterführt.
Lea Krenner, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
August Bettag, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Amtsgericht F.-G. 4,
Mannheim.

Mannheim. D.788
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft
hat am 1. Februar 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in Gebr. Israel.
Außbaum & Simon,
Mannheim: Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Die
Firma ist erloschen.
Daniel Wilde, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
Simon Wagner & Co.
Mannheim. Persönlich haf-
tende Gesellschafter sind
Kaufmann Simon Wagn-
er und dessen Ehefrau
Gene Feigel geb. Wagn-
er, beide in Mannheim.
Die offene Handelsgesell-

Mannheim. D.788
Handelsregistereinträge:
a) vom 7. März 1929:
Georg Druig & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Das Stammkapital ist ge-
näß dem Gesellschafter-
beschluss vom 29. Dezem-
ber 1928 um 1000 M. er-
höht und beträgt jetzt 5000
Reichsmark. Der Gesell-
schaftsvertrag erbielt durch
Beschluss der gleichen Ge-
sellschafterversammlung in
§ 3 Stammkapital) einen
Zusatz.
Guido Dadebel, Akti-
engesellschaft, Buchdruck-
erei und Verlag, Zweignieder-
lassung Mannheim in
Mannheim, Sitz Berlin:
Die von der Generalver-
sammlung vom 5. April
1928 beschlossene Erhöhung
des Grundkapitals ist in
Höhe von 650 000 M. durch-
geführt. Das Grundkapital
beträgt jetzt 2 650 000
Reichsmark. Durch Be-
schluss des hierzu ermäch-
tigten Aufsichtsrats vom
29. Oktober 1928 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital und
Aktienfädelung) geändert.
Als nicht eingetragen wird
veröffentlicht: Die neuen
Aktien über je 1000 M.
sind zum Nennbetrag aus-
gegeben.
b) vom 9. März 1929:
Deinrich Gasteiger, Mann-
heim: Die Prokura der
Emilie Gasteiger geb. Lang
ist erloschen. Die Firma
ist erloschen.
c) vom 9. März 1929:
Gebrüder Busch, Mann-
heim-Käfertal: Die Firma
ist erloschen.
d) vom 9. März 1929:
Weide & Co., Mann-
heim: Kaufmann Karl
August Mertel, Mann-
heim-Heubergheim, ist in
das Geschäft als persönlich
haftender Gesellschafter
eingetreten. Die offene
Handelsgesellschaft hat am
1. Juli 1928 begonnen. Ge-
schäftszweig ist jetzt: Han-
del in Mühlenfabrikaten u.
Wägereibedarfsartikeln.
Oskar Israel, Mann-
heim: Die kleinste Hugo
Israel und Max Israel, be-
ide in Mannheim, sind
als persönlich haftende Ge-
sellschafter in die Gesell-
schaft eingetreten. Die of-
ene Handelsgesellschaft